



- Das Foyer der neuen CDU-Bundesgeschäftsstelle hat sich als idealer Veranstaltungsort erwiesen.
- Angela Merkel zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Einigungsvertrags:
Seite 8 – 10

Was Deutschland **wirklich** braucht

„Die CDU ist durch die Integration unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen die große Volkspartei der Mitte geworden.“

In einem „Brief an die Deutschen“ hat die Parteivorsitzende die Urteilskraft für einen wichtigen Unterschied geschärft. Angela

Merkel: „Es gibt keine Politik für Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer. Wir werden deshalb auch heute wieder unsere Integrationskraft gegenüber unterschiedlichsten Ansprüchen und Gruppen unter Beweis stellen müssen.“ (Wortlaut Seite 3) **UD**

INHALT

ALTERSVERSORGUNG
Generalsekretär
Ruprecht Polenz:
Wir haben uns in der
Rentenfrage weitgehend
durchgesetzt. Aber Riester
läßt noch wichtige
Fragen offen
SEITE 7

PRÄSIDIUMSSITZUNG
Angela Merkel:
Wir haben in Köln
unsere Wähler
mobilisieren können
SEITE 11

**GENERALSEKRETÄR
RUPRECHT POLENZ:
DIE CDU HAT SICH
BEI DER RENTE
WEITGEHEND DURCHGESETZT**

Seite 7

Erst der Gesetzentwurf zur Rentenreform, den die Bundesregierung vorlegen wird, wird zeigen, ob die Rentnerinnen und Rentner wirklich zufrieden sein können. Nach dem heutigen Stand der Dinge allerdings kann die Union auf beachtliche Erfolge ihrer konsequenten Haltung bei der Rentendiskussion verweisen. Der Bundesregierung ist nichts anderes übrig geblieben, als auf die wesentlichen Forderungen einzugehen, die CDU und CSU in den letzten Monaten immer wieder gestellt haben.

**DIETRICH AUSTERMANN:
EICHELS HAUSHALTPOLITIK
IST ÖKONOMISCHER UNSINN**

Seiten 15

Die Investitionen des Bundes stärken und die Nettokreditaufnahme weiter senken – das sind die beiden Hauptforderungen, mit denen die Union in die bevorstehenden Haushaltsberatungen gehen wird. Der Haushaltsentwurf 2001 des Bundesfinanzministers sieht dagegen eine drastische Kürzung der Investitionen von rund drei Milliarden Mark auf 54,6 Milliarden vor. Bis 2004 sollen die Investitionen auf nur noch 52 Milliarden zusammengestrichen werden: Kein Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung

**KLAUS LIPPOLD:
VERKEHRSSTEUERN NEU
ORDNEN – WEG
MIT DER UNGERECHTEN
MEHRBELASTUNG**

Seite 16

■ Rücknahme der Ökosteuer ■ zweckgebundene Verwendung eines Teils der Mineralölsteuer für den Bundesfernstraßenbau ■ Steuersenkung für schwefelarme Kraftstoffe: Mit diesen Forderungen wendet sich die Union gegen die verkehrsfeindliche Steuerpolitik der Bundesregierung. Es kann doch nicht sein: beim Autofahrer abkassieren, ohne dass er dafür eine Gegenleistung erhält. Zur Veranschaulichung nur eine Zahl: Bis 2003 wird sich das Mineralölsteueraufkommen nach dem Willen der rot-grünen Bundesregierung verdoppelt haben. Klaus Lippold: „Und keine Mark davon fließt dorthin zurück, wo Staus an der Tagesordnung sind.“

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

BRIEF AN DIE DEUTSCHEN NACH DER KANZLERREISE

Angela Merkel: Was Deutschland **wirklich** braucht

Als am 18. Dezember 1989 die Delegierten der SPD zu ihrem Parteitag in Berlin zusammentraten, lag auf ihren Plätzen der Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms. Wer in diesen aufregenden Wochen nach dem Fall der Mauer etwas über die Grundsätze und Perspektiven der SPD zur Deutschlandpolitik erfahren wollte, musste allerdings feststellen:

Die SPD hatte keine. Im Adenauer-Haus erzählt man heute noch fassungslos: Unter der Überschrift „Deutschlandpolitik“ bot der Entwurf des Grundsatzprogramms statt eines Textes nur weißen, freien Raum. Während Helmut Kohl bereits drei Wochen zuvor sein „Zehn-Punkte-Programm“ vorgelegt hatte, war die deutsche Sozialdemokratie verstummt. Was bisher für sie gültig war, erwies sich durch den Gang der Ereignisse als Muster ohne Wert.

Gegen den harten Widerstand der SPD

In den Jahren des Kalten Krieges war es Konrad



Adenauer, der angesichts der Bedrohung durch die Sowjetunion das Konzept der Westbindung entwickelte.

An der Nahtstelle zwischen Ost und West

Nur im Schutz der Gemeinschaft der freien Nationen, das war seine Überzeugung, konnte die Bundesrepublik in ihrer besonders gefährdeten Lage an der Nahtstelle zwischen Ost und West vor dem sowjetischen Vormachtstreben sicher sein.

Aber Nato-Beitritt und Wiederbewaffnung als Antwort des freien Deutschlands auf den Kalten Krieg mussten gegen den harten Widerstand der SPD durchgesetzt werden. Als „Kanzler der Alliierten“ musste Adenauer sich beschimpfen lassen.

Von diesem frühen histo-

rischen Irrtum der Sozialdemokraten aus lässt sich ein Bogen schlagen zur Nachrüstungsdebatte der achtziger Jahre. Die Sozialdemokraten haben die Bedrohung der westlichen Demokratien durch die totalitäre und expansive Politik der Sowjetunion und des Warschauer Paktes völlig falsch eingeschätzt. Führende Vertreter der SPD haben damals die USA und die Sowjetunion ohne jegliche Bewertung der gegensätzlichen politischen Ziele gleichgesetzt („Äquidistanz“). Später trat die SPD sogar für einseitige Abrüstungsschritte zum Vorteil des Warschauer Paktes ein.

„Nebenaußenpolitik“ nannte man das

Die SPD hat als Oppositionspartei intensivste Verhandlungen mit sozialistischen und kommunistischen Staatsparteien in der DDR, der UdSSR, in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei geführt. „Nebenaußenpolitik“ nannte man das. Dazu gehörte auch, dass die Sozialdemokraten hinsichtlich

der Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen in den Staaten des Warschauer Paktes eine Politik der Leisetreterei betrieben. Ich weiß noch sehr genau, wie erschrocken ich 1985 darüber war, dass sich Willy Brandt geweigert hatte, mit dem Arbeiterführer Lech Walesa zusammenzutreffen. Die CDU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl hat dagegen nie einen Zweifel darüber aufkommen lassen, wo die Grenze zwischen Freiheit und Diktatur zu ziehen ist.

Hier hat die SPD kläglich versagt

Sichtbarster und permanentester Ausdruck des ost-westlichen Systemgegensatzes war natürlich die schreckliche Teilung Deutschlands. Sie musste überwunden werden, um den Kalten Krieg wirklich zu beenden. Auch in dieser Hinsicht hat die SPD kläglich versagt.

Es gab über Jahrzehnte einen breiten politischen Konsens, dass die Wiedervereinigung unabdingbares Ziel deutscher Politik zu sein habe. Dieser Konsens wurde von den Sozialdemokraten Mitte der achtziger Jahre endgültig aufgekündigt. Das Ziel der Wiedervereinigung wurde von ihr als „Lüge“,

„Heuchelei“, „politische Umweltverschmutzung“ oder als „Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“ diffamiert. Für Gerhard Schröder war Honecker ein „zutiefst redlicher Mann“. Noch im Juni 1989 – sechs Monate vor dem Mauerfall! – sagte Schröder: „Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine Generation in Deutschland nicht über die Chancen der Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.“ Helmut Kohl hat deshalb Recht, wenn er in dem Buch „Ich wollte Deutschlands Einheit“ über die SPD sagt: „Zu mächtig hatte der Zeitgeist gewirkt, zu sehr hatten Resignation und auch – man muss es so nennen – Verrat ihre Spuren hinterlassen.“ Eine Preisgabe des Zieles der deutschen Einheit aber hätte im Ergebnis einen späten Sieg Stalins bedeutet. Für die Union war deshalb immer klar: Die deutsche Frage bleibt offen, solange das Brandenburger Tor zu ist.

Eine Kette historischer Irrtümer

Es verändert nicht nachträglich den Gang der Ereignisse, schärft aber die politische Urteilskraft, wenn man der hypothetischen Frage nachgeht, was gewor-

den wäre, wenn während der rund 40 Jahre des Kalten Krieges in den wirklich historischen Entscheidungssituationen sozialdemokratische Akteure die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt hätten. Wie konnte es geschehen, dass die traditionsreiche deutsche Sozialdemokratie sich über Jahrzehnte hinweg in eine Kette fundamentaler historischer Irrtümer verstrickte? Wie weit sind wir gekommen, wenn man sich heute schon freuen muss, dass Bundeskanzler Schröder in diesen Tagen überhaupt einmal in die neuen Bundesländer gefahren ist? Worauf ist es umgekehrt zurückzuführen, dass die CDU von der ersten Stalin-Note bis hin zum Einigungsvertrag eine bruchlose Politik gestaltet hat?

Unterschiedliche Menschenbilder

Der Erfolg der CDU und das historische Versagen der SPD sind gleichermaßen im Kern auf das unterschiedliche Menschenbild zurückzuführen, von dem die beiden Volksparteien jeweils ausgehen. Die SPD benennt in ihrem Grundsatzprogramm von 1989 als ihre geistigen Wurzeln das Christentum, die humanistische Philoso-

phie, die Aufklärung, die Erfahrungen der Arbeiterbewegung und die Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre. Wer Christentum und Marxismus angesichts der historischen Erfahrungen, die gerade wir Deutschen machen mussten, in einem Atem nennt, der hat von einem freiheitlichen Menschenbild nichts verstanden.

Der SPD fehlt der Kompass

In diesem nicht durchdachten Freiheitsverständnis lag und liegt das Dilemma der SPD: Ihr fehlt der Kompass, der auf der Grundlage tragfähiger Werte den Weg zu richtigen Entscheidungen weist – und genau ein solcher Kompass war nicht nur in der Vergangenheit unerlässlich; er ist auch heute in einer Zeit unverzichtbar, in der alles möglich zu sein scheint, in der Grenzen kaum noch eine Rolle spielen, in der der Mensch aber dennoch oder gerade deshalb weiterhin Glück, Zuversicht, Geborgenheit, Heimat sucht.

Es ist wahr: Der Bezug auf das christliche Verständnis vom Menschen liefert der CDU noch keine konkreten Parteiprogramme. Aber dieser Bezug stellt doch jenen wegweisenden Kompass zur

”

Die CDU darf keine falsche Gruppenbildungen und Einteilungen vornehmen – es gibt keine Politik für Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer.

Verfügung, der bei den Sozialdemokraten offenkundig nicht funktioniert, den unser Land aber für die Zukunft braucht. Dieser Kompass zeigt uns Richtung und Ziel an – und das ist auch heute in jeder Hinsicht eine Gesellschaft der Freiheit, festgelegt in der politischen Ordnung der Demokratie und der wirtschaftlichen Ordnung der sozialen Marktwirtschaft. Auch für die Tagesordnung des 21. Jahrhunderts geht es dabei darum, Freiheit und Verantwortung in die richtige Balance zu bringen.

So wie dieser Kompass die Union in der alten Bundesrepublik in den frühen fünfziger Jahren auf das Bekenntnis zur nationalen Einheit in Freiheit festgelegt hat, weil sich jede Alternative gegen die Menschen in der ehemaligen DDR gerichtet hätte, so ist das Bekenntnis zur Nation auch im 21. Jahrhundert nicht überholt. Wir

wollen als deutsche Europäer und europäische Deutsche unsere nationale Identität bewahren und zugleich unseren Beitrag für eine auf Freiheit gegründete Weltordnung leisten. Nur mit einem weltoffenen Patriotismus, das heißt, nur wenn wir uns selbst etwas zutrauen, können wir auch wirkungsvoll internationales Engagement entfalten.

Der gleiche Kompass verpflichtet uns heute, im eigenen Land wie auch weltweit für Menschenrechte und Menschenwürde einzutreten und international Verantwortung wahrzunehmen. So wie ich als Bürgerin der ehemaligen DDR immer gewusst habe, dass die Union uns in der DDR nicht im Stich lassen würde, so stehen wir im vereinten Deutschland jetzt vor der Aufgabe, die Völker Mittel- und Osteuropas Schritt für Schritt in die Europäische Union und die Nato zu integrieren.

Ethik der sozialen Marktwirtschaft

Als Entfaltung der zum christlichen Bild vom Menschen gehörenden Idee der verantwortenden Freiheit hat die CDU auch immer die wirtschaftliche Ordnung der sozialen Marktwirtschaft

verstanden. Die Ethik, die Werte und Maßstäbe, die dieser sozialen Marktwirtschaft zu Grunde liegen, müssen unter den gewandelten Bedingungen globaler Märkte und der Entwicklung der Industriegesellschaft zur so genannten Wissensgesellschaft zu einer „neuen sozialen Marktwirtschaft“ weiterentwickelt werden. Es geht dabei darum, das Wettbewerbsprinzip auf allen Ebenen durchzusetzen, die künftige Gestalt des europäischen Binnenmarktes zu bestimmen und eine grundlegende Reform des Arbeitsmarktes zu erreichen.

Unser Kompass ist in besonderer Weise gefordert angesichts des gewaltigen Zuwachses an Erkenntnis über die Baupläne menschlichen Lebens. In der Genomforschung und in der Biotechnologie finden bahnbrechende Entwicklungen statt. Die alte Frage, ob der Mensch alles darf, was er kann, stellt sich mit neuer Schärfe. Nur wer bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien führt, kann auch die Debatte über ihre ethische Verantwortbarkeit bestimmen.

Die CDU hat nie eine Politik für Klassen oder Schichten gemacht. Sie hat stets jeden Einzelnen ernst genommen mit seinen Sorgen. Sie ist durch die Integration un-

terschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen die große Volkspartei der Mitte geworden. Heute – zu Beginn des 21. Jahrhunderts – sprechen wir von Individualisierung, Globalisierung, Überalterung, Beschleunigung. Ich will deshalb eine CDU, die auch heute die Sorgen und Ängste der Menschen vor solchen Entwicklungen ernst nimmt und nicht über ihre Köpfe hinwegredet. Auch heute dürfen wir keine falschen Gruppenbildungen

und Einteilungen vornehmen – es gibt keine Politik für Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer.

Auch heute müssen wir unsere Integrationskraft gegenüber unterschiedlichsten Ansprüchen und Gruppen unter Beweis stellen. Dies können wir, wenn wir uns auf unser christliches Menschenbild und unser darauf aufbauendes Verständnis von verantworteter Freiheit rückbesinnen.

Aus: Welt, 2. September

Merkels Brief

Die mitreißende Rede ist die wirksamste Waffe vieler Politiker. Bei Angela Merkel ist es der Brief. Mit einem ersten öffentlichen Brief hat sie im Dezember auf dem Höhepunkt der Spendenaffäre die Distanzierung von Helmut Kohl begründet – und ihren eigenen kometenhaften Aufstieg.

Mit einem zweiten Brief versucht sie jetzt, die Reihen der Union wieder zu schließen. Es ist ein Brief, der nicht wie der erste von Sorge um den Zustand der CDU, von Schuldbewusstsein und Erneuerungswillen getragen ist, sondern von Rückbesinnung auf das eigene politische Erbe zeugt. Mit einer Deutlichkeit, wie sie allenfalls in Merkels Essener Parteitage-Rede zu hören war, stellt sich die Parteichefin in die Tradition Konrad Adenauers. Und mit großer Emotion reklamiert sie die deutsche Einheit als politischen Erfolg ihrer Partei. Das ist gegen eine SPD und einen Kanzler gerichtet, denen die einstige DDR und die Toten an der Mauer so fern waren wie die Mongolei und die sich heute als Trittbrettfahrer der Geschichte in den neuen Bundesländern brüsten. Der aktuellen Erfolgsgeschichte der SPD hält sie deren „historisches Versagen“ entgegen. Das mag der Union kurzfristig nicht aus dem Stimmungstief helfen, ist aber trotzdem ein wichtiges Signal an ihre Partei.

Die Welt

GENERALSEKRETÄR RUPRECHT POLENZ:

CDU hat sich weitgehend **durchgesetzt**

Zum Stand der Rentendiskussion erklärte Generalsekretär Ruprecht Polenz:

Die CDU hat klare Forderungen im Sinne der Menschen formuliert. Wir wollen eine familienfreundliche, generationengerechte Reform und dauerhafte Sicherheit im Rentensystem.

Fünffmal hat Herr Riester einsehen müssen, dass er auf der falschen Fährte war. Auf unseren Druck hin hat sich die Schröder-Regierung nun von der Willküranpassung verabschiedet. Wir haben durchgesetzt, dass die Netto-Lohnanpassung ab dem nächsten Jahr wieder gilt.

Durch die Familienförderung haben wir ein Stück Gerechtigkeit erkämpft.

Wichtigen Freiraum erstritten

Auch die kapitalgedeckte Altersversorgung mit nachgelagerter Besteuerung ist eine Initiative der Union. Mit der steuerlichen Freistellung der Vorsorgebeiträge ab dem Jahr 2002 haben wir wichtigen Freiraum für die Menschen erstritten, die im Zuge der privaten Vorsorge ihre Eigenverantwortung wahrnehmen.



Schritt für Schritt hat sich die CDU mit ihrem Konzept durchgesetzt. Zug um Zug erfüllt die Regierung unsere Forderungen:

- So hat die SPD ihre Vorstellungen aufgeben müssen, die Alterssicherung für einen kurzfristigen Zeitrahmen vorzunehmen. Es war die Forderung der Union, den Menschen auf längere Sicht Perspektive zu geben. Wir haben es geschafft. Heute rechnen wir in einem Zeithorizont bis zum Jahr 2030.

- Auch der Ausbau einer freiwilligen sozialen Vorsorge geht auf unsere Initiative zurück. Riester hat von seinem Plan einer privaten Zwangsvorsorge Abstand genommen.

- Auf Druck der Union hat die Regierung nun auch einwilligt, den Katalog förderungsfähiger Anlageformen

zu erweitern. Fortan werden nicht nur Lebensversicherungen gefördert, sondern auch andere Anlageformen, die in einem langjährigen Auszahlungsplan münden.

Wir haben bis jetzt eine Menge erreicht. Die Menschen merken: wir machen uns stark für sie. Die Union zeigt Perspektiven auf.

Wichtige Fragen sind noch offen

Herr Riester lässt allerdings noch wichtige Fragen offen. Er bleibt unserem Land bis heute die Antwort schuldig, wie er Generationengerechtigkeit dauerhaft sichern will. Hier ist nach wie vor unser demographischer Faktor als Ausgleich für den Geburtenrückgang und die längere Lebensdauer der beste Vorschlag, der auf dem Tisch liegt.

Im Übrigen begrüßen wir, dass sich nun auch die Gewerkschaften auf den Weg zu einer modernen Sozialpolitik einlassen.

Der Gesetzentwurf zur Rentenreform wird zeigen, ob die Schröder-Regierung hält, was sie in den Medien verspricht.

ANGELA MERKEL:

Deutschland, wie wir es uns wünschen

Zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Einigungsvertrages erklärte die Parteivorsitzende anlässlich des 5. Berliner Gesprächs am 31. August:

Zehn kurze Jahre waren es, seit wir wieder sagen können: Die deutsche Einheit ist kein Traum mehr, sondern Wirklichkeit. Das erste Jahrzehnt seit der Wende rundet sich seit dieser unverhofften, ebenso unnachgiebig wie friedvoll erstrittenen Revolution. Das ist natürlich ein Anlass zu feiern. Und das werden wir auch tun. Denn sie ist ein großes Glück für alle Menschen in Ost und West.

Zugleich ist es ein Anlass, fragend – streitbar und konstruktiv – in die Zukunft zu schauen: Das wollen wir heute Abend. Deutschland, wie wir es uns wünschen? – so lautet die Frage, die wir uns vorgenommen haben.

Heute vor 10 Jahren

unterzeichneten Wolfgang Schäuble und Günther Krause den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands, kurz „Einigungsvertrag“ genannt.



Dieser Vertrag goss in feste Formen, was als friedlicher Widerstand auf den Straßen der DDR begonnen hatte. Er besiegelte, was mit dem Ruf „Wir sind ein Volk“ begonnen hatte: das Ende der DDR und den Aufbruch in eine Ära der Freiheit für alle Deutschen. Seit der Zustimmung der beiden deutschen Parlamente am 20. September 1990 leben alle Deutschen in einem Land, in dem Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie herrschen. Das ist ein Zugewinn, der unermesslich ist und an den wir stets erinnern müssen.

Seither ist die Debatte über die Gestaltung der Einheit – über Verdienste und Fehler, über Möglichkeiten und Chancen seit der historischen Zeitenwende – nicht abgebrochen, und wie sollte sie auch?

Glücklich und dankbar

Als Parteivorsitzende und als jemand, der selber aus der ehemaligen DDR kommt, lassen Sie mich sagen: Ich bin glücklich und dankbar, dass wir diese Debatte führen können und nicht mehr über Reiseerleichterungen oder



Wolfgang Schäuble: Wer rastet, rostet. Also sollten wir uns unbeirrt weiter auf den Weg machen. Zuerst nach Europa. Europa ist unser Schicksal und unsere Chance, und die europäische Einigung ist unser Auftrag.

Fünfjahrespläne sprechen müssen. Denn diese Debatte über die Gestaltung Deutschlands lohnt es sich zu führen. Und mich erfüllt es mit Stolz, dass es die CDU war, die von Seiten der Bundesrepublik die Einheit stets zu ihrer Sache machte und die sich ohne Wenn und Aber für die Einheit entschieden und eingesetzt hat, als die historische Situation das ermöglichte. Helmut Kohl bleibt der Kanzler der Einheit, und wir sind ihm dankbar für das, was er für unser Land geleistet hat, besonders mit Blick auf die Einheit.

Am Erfolg der Einheit höchst interessiert

Dass die Deutsche Einheit ein Erfolg ist, das lässt sich schon daran ablesen, mit welcher Inbrunst sich seit neuestem selbst diejenigen

darum bemühen, die zuvor nie etwas mit ihrem Zustandekommen und ihrer Finanzierung zu tun haben wollten. Auch das ist wohl ein Aspekt des Reifungsprozesses, den Deutschland in den letzten

10 Jahren durchgemacht hat. Aber 10 Jahre nach der Deutschen Einheit braucht der Aufbau Ost einen neuen Ruck, konzertierte Impulse aus der Bundespolitik, die seit dem Regierungswechsel

Die Teilnehmer

an dem Gespräch neben Wolfgang Schäuble, den die Parteivorsitzende als „Architekten der Deutschen Einheit“ begrüßt:

■ **Freya Klier:** Bürgerrechtlerin, Regisseurin und Autorin. 1968 versuchte sie aus der DDR zu flüchten, kam dafür ins Gefängnis. Der Konflikt mit dem SED-Staat hat ihre Biographie geprägt bis zu ihrer unfreiwilligen Ausbürgerung 1988.

■ **Thomas Brussig:** Autor der Romane „Helden wir wir“ und „Am kürzeren Ende der Sonnenallee“ –

als Buch und als Kinofilm ein großer Erfolg. Menschlich und ironisch ist der Tonfall, wenn Brussig vom Aufwachen und Leben in der DDR erzählt.

■ **Prof. Richard Schröder:** erster Vizepräsident der Humboldt-Universität in Berlin. Nach der Wende wurde er Fraktionsvorsitzender der SPD in der ersten frei gewählten Volkskammer. Dann zog er sich aus der Politik zurück, beschäftigt sich in Aufsätzen und Büchern jedoch stetig mit Fragen der Deutschen Einheit.

ausgeblieben sind. Die jetzige Bundesregierung hat außer Lippenbekenntnissen bisher kaum etwas geleistet.

Wir müssen jetzt neu nachdenken

Im Blickpunkt unseres Berliner Gesprächs steht die Zukunft des geeinten Deutschlands. Ich glaube, jetzt, nachdem die drängendsten Aufräumarbeiten erledigt und die wichtigsten Aufbauziele erreicht sind, beginnt eine Zeit, in der wir neu nachdenken können. Dazu wollen wir heute einen Beitrag leisten.

Das Deutschland, wie wir es uns wünschen, wird sich nicht schaffen lassen, wenn wir weiter die alten Stichworte bemühen. Damit meine ich zum Beispiel das Schlagwort von den „Bürgern zweiter Klasse“, das immer wieder in den Umfragen vorkommt. Damit meine ich die immer weiter geführte Analyse über Missverständnisse, Unterschiede, Ost- und West-Identitäten. Und damit meine ich auch jene unselige Aufrechnerei um Dankbarkeit, um Abhängigkeit, um Geben und Nehmen.

Wenn wir das hinter uns lassen, machen wir einen großen Schritt nach vorne, einen Schritt in die Zukunft.

Den müssen wir auch machen, denn es warten viele Aufgaben auf uns. Die rechtsextreme Gewalt ist eine davon. Die immer noch viel zu hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern gehört dazu.

Doch wir müssen über diese Agenda hinaus denken, wenn wir insgesamt Erfolg haben wollen. Deutschland ist eins. Das haben wir geschafft. Jetzt müssen wir darüber sprechen, wie Deutschland werden soll – zum Beispiel im Jahr 2005 oder 2010. In der Arbeit auf ein gemeinsames Ziel hin wird es uns gelingen, Unterschiede als Bereicherung, nicht als Trennung zu erkennen.

Wenn wir also über dieses gemeinsame Projekt nachdenken – wie könnte es aussehen? Sicher ist nur eines: Es muss uns um die Verbesserung unserer Zukunftschancen gehen. Das ist unser Maßstab.

Also gilt es, an so vielem zu arbeiten:

- Deutschland war viele Jahrzehnte lang ein Vorbild, wenn es um Bildung und Ausbildung ging: Danach müssen wir auch jetzt wieder streben.

- Gesellschaftliche Solidarität als Teilhabe und nicht mehr nur als Umverteilung zu gestalten: Das ist eine herausragende Aufgabe.

- Die Bürgergesellschaft in der Bundesrepublik so zu stärken, dass Gewalt – ob von rechts oder von links – keine Chance hat in diesem Land: Die Nachrichten der letzten Woche zeigen uns, wie dringlich das ist.

- So könnten wir auch die neuen Strukturen schaffen, die wir brauchen, damit sich niemand mehr als „Bürger zweiter Klasse“ fühlen muss und sich jeder nicht nur mit unserem Wohlstand identifizieren kann, sondern auch mit Freiheit und Demokratie.



Die CDU hat in Köln ihre Wähler mobilisieren können

Zu seinem hervorragenden Ergebnis bei der Kölner Oberbürgermeister-Wahl hat die Parteivorsitzende dem CDU-Kandidaten, Fritz Schramma, gratuliert. Die 47,3 Prozent, die Schramma am Sonntag erreicht hat, zeigen, dass es der Kölner CDU gelungen ist, ihre Wähler zu mobilisieren. Auch habe die CDU in Köln ganz offenbar mit ihrer Kommunalpolitik positive Akzente gesetzt.

■ Zum Thema Renten:

Die rot-grüne Bundesregierung ist offenbar bereit, in den Kernfragen zur Rente Lösungen zu finden, die von beiden großen Parteien getragen werden können. Deutliche Signale zeigen, dass Riester die wichtigsten Forderungen der CDU erfüllen wolle, z.B. bei der Kapitalge-

deckten Altersvorsorge und, was die Langfristigkeit des Rentenkonzepts betrifft.

■ Zum Steueränderungsgesetz:

Die Parteivorsitzende kündigte ein gemeinsames Vorgehen der Bundestagsfraktion mit den unionsgeführten Ländern an. Die Bundesregierung habe bisher die vorhandenen finanziellen Spielräume nicht ausreichend genutzt und damit vor allem dem Mittelstand die notwendige Unterstützung vorenthalten.

■ **Zur EU-Osterweiterung:** Nur eine offene und offene Argumentation kann die Ängste der Bundesbürger vor einer EU-Erweiterung nehmen. Das bedeutet aber, dass man endlich damit auf-

Pressekonferenz am
4. September

hört, dieses Thema genauso wie die Einführung des Euro zu tabuisieren. Eine Volksabstimmung, wie sie EU-Kommissar Günter Verheugen gefordert hat, kommt für die CDU nicht in Frage.

HANS-GERT PÖTTERING:

Kein guter Vorschlag

Frage (Handelsblatt): *Ist das Referendum ein probates Mittel für die Zustimmung eines EU-Staates zur Erweiterung der Union?*

Antwort: Herr Verheugen hat mit seinem Vorschlag der Sache keinen guten Dienst erwiesen. Er äußert sich zu einem Sachverhalt, der der deutschen Verfassungslage überhaupt nicht entspricht. Herr Verheugen wäre gut beraten,

sich mit solchen Äußerungen zurückzuhalten, da sie die Frage der Erweiterung unnötig verkomplizieren.

Frage: *Wie werden sich die Äußerungen Verheugens auswirken?*

Antwort: Sie können bei den Beitrittsländern den Eindruck erwecken, dass die Kommission neue Hindernisse für den Beitritt neuer Länder schaffen wolle.

Generalsekretär Ruprecht Polenz teilte mit: Das Präsidium hat beschlossen, dass die Parteivorsitzende eine monatliche Aufwandschädigung in Höhe von 5000 Mark netto erhalten soll.

Schröder betreibt reine PR-Politik

Zu den von Bundeskanzler Schröder in Aussicht gestellten Hilfen an den Holzmann-Konzern erklärte Generalsekretär Ruprecht Polenz:

Kanzler Schröder setzt weiterhin auf die Vergesslichkeit der Menschen. Als Retter in der Not versprach er dem Holzmann-Konzern Staatshilfen in Höhe von 250 Millionen Mark – ohne Rücksicht auf ordnungspolitische Grundsätze und ohne jegliche Vorab-Sondierung in Brüssel. Nun sind neun Monate vergangen. Zeit, in der es Schröder nicht für nötig gehalten hat, sich für die Umsetzung seines Schnellschusses vom November vergangenen Jahres zu kümmern.

■

Ohne Rücksicht auf Vereinbarkeit mit dem EU-Regelwerk

Mediengerecht vor der Holzmann-Hauptversammlung hat der Bund nun eine Finanzspritze von 125 Millionen DM in Aussicht gestellt – auch diesmal ohne Rücksicht auf die Vereinbarkeit mit dem EU-Regelwerk. Will Schröder nur einen Hauch von Substanz in seine

Politik bringen, wäre jetzt sein Einsatz auf höchster Ebene in Brüssel fällig. Und wo bleibt Schröders Einsatz, wenn es nicht um die Großen, sondern um die Kleinen geht? Wo bleibt sein Einsatz für den Mittelstand?

Auch hier zeigt sich wieder, dass die Schrödersche Politik eine reine PR-Politik ist: Nur auf die Verpackung, nicht auf den Inhalt ausgerichtet, ohne Substanz und nicht zu Ende gedacht. Im Vordergrund steht die eitle

Selbstinszenierung, nicht aber die nachhaltige Lösung von Problemen. Deshalb traut sich die Bundesregierung an die entscheidenden Themen nicht heran: Über 400.000 junge Menschen sind immer noch arbeitslos, trotz besserer Konjunktur gibt es kaum neue Arbeitsplätze, und in der Bildungspolitik ist Rot-Grün dramatisch un kreativ. Deutschland kann sich damit nicht zufrieden geben.

Kommentar Seite 20/21

RUPRECHT POLENZ:

Öko-Steuer stoppen

Die Öko-Steuer droht zu einer schweren Belastung für Wirtschaft und Beschäftigung zu werden. Bereits jetzt stoßen die Belastungen für Transportgewerbe, Familien und Pendler an die Grenzen.

Die Schröder-Regierung kann sich nicht herausreden. Sie hat durch die Öko-Steuer Preise und Inflation angeheizt. Im Januar 2001 soll erneut draufgesetzt werden. Rund 70 % des Spritpreisantelles besteht aus Steuern. Auch Ko-

sten für Heizung und Gas steigen. Während unsere Nachbarländer die Brisanz erkennen und reagieren, halten SPD und Grüne am verfehlten Konzept der Öko-Steuer fest. Die Leidensfähigkeit gerät an Grenzen. Beim Auto wird abkassiert, gleichzeitig bei der Verkehrsinfrastruktur eingespart. An der Öko-Steuer ist nichts *öko*, aber viel *teuer*. Sie beweist sich als wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischer Fehlschlag. Daher muss sie gestoppt werden.

DIE ZEITUNG KARL LAMERS:

Politische Mitgliedschaft vor Erweiterung

Zur Ankündigung von Außenminister Fischer bei der Botschafterkonferenz in Berlin, die Bundesregierung hoffe auf einen Beitritt der ersten EU-Kandidaten spätestens zu Beginn des Jahres 2005, erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mit der Ankündigung von Außenminister Fischer, die Bundesregierung hoffe, „dass die erste Gruppe unter Einschluss Polens spätestens am Beginn des Jahres 2005 beitreten kann“, hat der Außenminister das politische Ziel erster Beitritte ab dem Jahr 2003 aufgegeben.

Besonders wichtig: Polen

Sicherlich ist für viele Beitrittskandidaten, auch wenn sie eine engagierte Reformpolitik betreiben, die Zielmarke 2003 schwierig zu erreichen, da die Erfüllung der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft von ihnen viele schwierige Reformen erfordert. Jedenfalls gilt das voraussichtlich auch für Polen, das gerade aus deutscher Sicht wichtiges Land.



Immer deutlicher aber wird auch, dass die Europäische Union bis zum Jahr 2003 im Grunde nicht beitriffähig sein wird, auch wenn der Europäische Rat von Nizza mit der vorgesehenen minimalen institutionellen Reform erfolgreich abgeschlossen wird. Die notwendigen inhaltlichen Reformen der Struktur-, Kohäsions- und vor allem der Agrarpolitik, die mit der Agenda 2000 beim Berliner Gipfel beschlossen worden sind, erlauben ohnehin erst ab dem Jahr 2006 eine volle Mitgliedschaft der Beitrittsstaaten. Darauf hatte unsere Fraktion damals hingewiesen, und wird jetzt indirekt von Fischer bestätigt.

Fischer hat nun ausgesprochen, wovon hinter verschlossenen Türen in Brüssel jedermann ausgeht. Eine Verzögerung der Erweiterung beschwört jedoch die

Gefahr, dass die Enttäuschung in den Kandidatländern wächst, ihr Reformwille erlahmt und große Teile der Bevölkerung sich von der EU abwenden..

Vor 2003 beteiligen

Deshalb schlage ich vor, dass die Beitrittskandidaten, die nicht bis 2003 die Kriterien erfüllen, bis zu ihrem Beitritt im Rahmen einer Art „politischer Mitgliedschaft“ an der nicht-ökonomischen Politik der EU beteiligt werden, wie z.B. an der Außen- und Sicherheitspolitik und nicht zuletzt an der Debatte um einen europäischen Verfassungsvertrag.

Die Gründe für die Verzögerung der Erweiterung sind ökonomischer Natur. Und wengleich die Wirtschaft in der EU eine große Rolle spielt, so war sie doch immer nur Mittel zur Erlangung eines politischen Ziels.

Eine politische Mitgliedschaft für die Beitrittskandidaten würde niemanden wirtschaftlich überfordern und doch die Möglichkeit bieten, in anderen Politikbereichen im beiderseitigen Interesse zu kooperieren. **UD**

Abschreibungstabellen müssen bis zur Haushaltswoche vorliegen

„Bundesfinanzminister Eichel muss die Karten bei der Neuregelung der Afa-Tabellen endlich auf den Tisch legen. Aus Sicht der Wirtschaft ist es unerträglich, dass die Steuerreform verabschiedet und der Gesetzentwurf für das Steuererkenntnisergänzungsgesetz vorgelegt wurde, ohne in diesem wichtigen Punkt Klarheit zu schaffen.“

Dass Eichel hier noch keine neuen Vorschläge präsentiert hat, ist umso erstaunlicher, als im Bundesfinanzministerium (BMF) bereits am 20. September darüber beraten wird. Außerdem sollen die neuen Tabellen schon zum 1. Januar 2001 gelten. Somit liegt der Verdacht

nahe, dass man diese im Schnellverfahren ohne große Diskussion im Bundestag oder mit der betroffenen Wirtschaft beschließen will. Eine solche Taktik geht aber zu Lasten der Planungssicherheit der Betriebe. Diese müssen endlich wissen, was auf sie zukommt.

Lebens- und Nutzungsdauer stimmen nicht überein

Von entscheidender Bedeutung ist dabei, ob sich die Neugestaltung der Afa-Tabellen künftig an der betrieblichen Nutzung orientiert. Bei den bisherigen Plänen des BMF war dies nicht er-



P. Rauen



D. Austermann

kennbar. Sie gingen allein von der Lebensdauer des Wirtschaftsgutes aus. Aber diese stimmt häufig nicht mit der betrieblichen Nutzungsdauer überein.

So widerspricht der Vorschlag, die veranschlagte Nutzungsdauer eines Laptop von 4 auf 6 Jahre zu erhöhen, jeglicher betrieblicher Realität. In einer Zeit, in der sich das Wissen alle fünf Jahre verdoppelt, müssten die Abschreibungszeiten für hochwertige Wirtschaftsgüter nicht verlängert, sondern verkürzt werden.

Weiterhin braucht die Wirtschaft Klarheit darüber, ob es bei den veranschlagten 3,5 Milliarden Belastungen für sie bleibt, oder ob mit größeren zu rechnen ist. Denn die einzigen bisher diskutierten Pläne aus dem BMF hätten Belastungen in zweistelliger Milliardenhöhe zur Folge.

UD

400 JUNGE LEUTE aus aller Welt haben unter dem Motto „Our common future“ an einem Jugendkongress auf der EXPO teilgenommen. In einer Resolution haben die europäischen Vertreter von der Bundesregierung Generationengerechtigkeit gefordert und eine strikte Begrenzung der Staatsverschuldung.

TRENNUNG von Bahn und Schiene ist nach Meinung der *Pöhlmann-Kommission* Voraussetzung für die Kapitalmarktfähigkeit privater Verkehrsgesellschaften. Nur wenn die DB Netz AG wieder in staatliches Eigentum überführt werde, lasse sich das Bahnnetz für einen diskriminierungsfreien Wettbewerb öffnen.

DIETRICH AUSTERMANN:

Der Eichels Haushaltspolitik ist ökonomischer Unsinn

Was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit Wochen gefordert hat, dass die wachstums- und beschäftigungsfördernden investiven Ausgaben des Bundes verstärkt werden müssen, haben die rot-grünen Haushälter bei ihrer jüngsten Klausur nun auch erkannt.

Richtigerweise wollen auch sie Eichels falsche Haushaltspolitik ein Stück weit korrigieren. Denn der von der Bundesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf 2001 sieht eine drastische Kürzung der Investitionen von rd. 3 Mrd. DM auf 54,6 Mrd. DM vor. Und bis zum Jahr 2004 sollen die Investitionen weiter auf nur noch 52 Mrd. DM zusammengestrichen werden mit der Folge, dass die Investitionsquote auf den Negativrekord von 10,4 vH absinkt.

Damit dieser wachstums- und beschäftigungsfeindliche Trend gestoppt wird, müssen dringend mehr Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur eingesetzt werden. Dies gilt für den Straßenbau und die Schienenwege ebenso wie für Städtebauförderung, Wohnraum-

modernisierung, Forschung, Technologie, Bildung und Modernisierung der Bundeswehr. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird im Rahmen der Haushaltsberatungen konkrete Anträge stellen, die die Investitionen des Bundes deutlich anheben.

Die von den rot-grünen Haushältern vorgeschlagenen „Verbesserungen“ für den Haushalt 2001 reichen allerdings nicht.

Mit kreativen Konzepten gegen Neuverschuldung

Ziel einer modernen Finanzpolitik muss es sein, mit kreativen Konzepten die Neuverschuldung so schnell wie möglich abzuschaffen, sowie die Staats-, Steuer- und Abgabequote zurückzuführen, damit privates Wirtschaften gestärkt wird. Dieses Ziel verfehlt Eichel: Die Staatsquote stagniert, die Steuer- und Abgabequote steigt. Die völlig unzureichende „Steuerreform“ führt dazu, dass die volkswirtschaftliche Steuerquote 2004 mit 22,2 vH höher liegt

als 1998 (22,0 vH), d. h. trotz Steuersenkungen steigt die Steuerbelastung der Volkswirtschaft.

Finanzierungspotential für mehr Investitionen und stärkere und schnellere Steuersenkungen sind vorhanden: Neben der Kürzung von konsumtiven Ausgaben (vor allem Zinsausgaben) und dem geerbten „Privatisierungsgeld“ werden die Steuereinnahmen, die in der Steuerschätzung vom Mai und im Haushalt bewusst pessimistisch angesetzt wurden, um mindestens 5 Mrd. DM im Haushalt 2001 höher liegen.

Die Haushälter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden sich in den bevorstehenden Haushaltsberatungen dafür einsetzen, dass die Investitionen des Bundes gestärkt, die konsumtiven Ausgaben und die Nettokreditaufnahme des Bundes weiter gesenkt werden. Mit dieser zukunftsorientierten Finanzpolitik werden wir unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft den Standort Deutschland weiter voranbringen. 

Ab Verkehrssteuern neu ordnen – bis weg mit ungerechter Mehrbelastung

In zwei Jahren rot-grüner Regierungsverantwortung ist deutlich geworden: Diese Bundesregierung blockiert eine zukunftsfähige Verkehrsentwicklung. Daran hat eine verkehrsfeindliche Steuerpolitik einen ganz wesentlichen Anteil.

Beim Autofahrer wird abkassiert, ohne dass er eine Gegenleistung erhält: Mit der Ökosteuer zahlen die Autofahrer bereits für die Jahre 1999 bis 2003 rund 58,5 Mrd. DM mehr an Mineralölsteuer als bisher. Dazu kommen noch einmal über 10 Mrd. DM aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer, zusammen also rd. 69 Mrd. DM. Im letzten Jahr der CDU/CSU-Regierung 1998 betrug das Aufkommen aus der Mineralölsteuer rd. 60,4 Mrd. DM. Rot-Grün bewirkt also in nur fünf Jahren eine Verdoppelung des Mineralölaufkommens.

Von diesen enormen Steuermehreinnahmen fließt keine Mark zusätzlich zurück in die Verkehrsinfrastruktur, wo Staus an der Tagesordnung sind. Keine Mark mehr fließt in den Personennahverkehr, der auch Ökosteuer zah-

len muss. Keine Mark mehr fließt in die Förderung alternativer Energien, wie z.B. umweltfreundlichere Kraftstoffe.

Die ersten zwei Stufen der Ökosteuer haben den Liter Benzin bereits auf rund 2 DM verteuert. Und die Preisspirale wird sich noch weiter drehen: Mit den nächsten drei Stufen der Ökosteuer wird der Kraftstoff bis 2003 um weitere 20 Pfennig teurer werden, Preise bis zu 2,30 DM werden dann die Regel sein.

Dazu kommen ab 1. November 2001 die Auswirkungen der flächendeckenden Einführung schwefelfreier Kraftstoffe. Grundsätzlich ist es selbstverständlich zu begrüßen, dass schwefelfreies Benzin an allen Tankstellen zu haben sein soll. Aber die Bundesregierung betreibt ja keine echte Förderung. Sie gibt sich ein umweltfreundliches Image zu Lasten des Straßenverkehrs. Die Mineralölsteuerindustrie hat bereits angekündigt, dass sie höhere Produktionskosten für schwefelarmes Benzin als Preiserhöhung an den Verbraucher weitergeben wird.

Wenn die Bundesregie-



K. Lippold D. Fischer

rung schwefelarme Kraftstoffe im Interesse der Umwelt wirklich fördern will, soll sie echte Anreize bieten und die Steuern für den umweltfreundlicheren Kraftstoff ab 2001 senken, statt die Steuer für schwefelhaltiges Benzin anzuheben.

Ich fordere die Bundesregierung auf, ihre Verkehrs-, ihre Steuer- und Finanzpolitik so auszurichten, dass umweltfreundliche Mobilität für alle Bürger möglich ist und die ungerechte, ständig steigende Belastung für Autofahrer weggenommen wird.

Das heißt: ■ Rücknahme der Ökosteuer! ■ Zweckgebundene Verwendung eines Teils der Mineralölsteuer für den Bundesfernstrassenbau! ■ Abbau der Harmonisierungsdefizite beim Güterkraftverkehr auf europäischer Ebene! ■ Steuersenkung für schwefelarme Kraftstoffe! **UD**

DIRK FISCHER:

Der Bericht der Pällmann-Kommission ist **offen und mutig**

Der Bericht der Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung, nach ihrem Vorsitzenden auch „Pällmann-Kommission“ genannt, ist schonungslos offen und in seiner mutigen Klarheit zu begrüßen.

Die Analyse der Kommission zur Verkehrsentwicklung sowie die Grundlagen und Rahmenbedingungen für Empfehlungen der zukünftigen Finanzierung der Bundesverkehrswege sind ernüchternd.

Der Verkehr hat sich sehr viel anders entwickelt als im Bundesverkehrswegeplan prognostiziert. Besonders die schnelle Entwicklung nach der Öffnung zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten hat im Personen- und Güterverkehr zu beträchtlichen Veränderungen gegenüber der bisherigen Prognose geführt.

Der Straßengüterverkehr hat überproportional zugenommen, der Schienengüterverkehr liegt dagegen nur bei der Hälfte des prognostizierten Wertes. Dies ist eine verkehrs- und umweltpolitisch bedauerliche Entwicklung. Die Folgerungen der Kom-

mission sind aber auch eine deutliche Absage an rote Ideologen, die von einer radikalen Trendumkehr träumen. Überdeutlich ist folgende Feststellung: „Selbst wenn beispielsweise eine Verlagerung des mittleren Zuwachses der Güterverkehrsleistungen auf den Bundesfernstraßen innerhalb nur eines Jahres auf die Schiene erreicht werden könnte, würde diese in den Hauptverkehrskorridoren an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen; an den Verkehrsverhältnissen auf den Bundesfernstraßen würde das wenig ändern.“



Potentiale nutzen

Eisenbahnen und Binnenschifffahrt sind in unserem Verkehrssystem unverzichtbar. Sie müssen auch in Zukunft mehr als nur eine Ergänzungsfunktion erfüllen. Sie müssen dies dort leisten, wo sie ihre systemspezifischen Stärken haben. Es ist das Ziel unserer Verkehrspolitik, sie dort zu unterstützen. Richtig ist deshalb auch die Feststellung der Kommission, dass „ideologische

Eingriffe des Staates in den Wettbewerb mit Mitteln der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung abzulehnen sind und statt dessen die Ausschöpfung der bisher nicht oder nur unzureichend genutzten Potentiale dieser beiden Verkehrsträger in den Vordergrund zu stellen ist, also die Verbesserung ihrer Wettbewerbslage aus eigener Kraft“.

Das Lösungskonzept der Kommission für die zukünftige Finanzierung der Bundesverkehrswege mit den Hauptkomponenten

- Umstellung der Finanzierung auf Nutzerfinanzierung,
 - Anwendung des Verursacherprinzips,
 - Ausgliederung der Bundesverkehrswege aus der Bundesverwaltung und Überprüfung der Abgrenzung der Bundesverkehrswege und
 - Erweiterung der Möglichkeiten der Privatfinanzierung und der Beteiligung Dritter an der Finanzierung der Bundesverkehrswege
- ist eine diskussionswürdige Grundlage, die unseren Forderungen in vielen Punkten entspricht. **UID**

HARTMUT KOSCHYK:

Nicht nur **Worte**, sondern **Taten**, Herr Bundeskanzler!

Zu den Ausführungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des 50. Jahrestages der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 3. Septemberr in Berlin erklärte der vertriebenenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass Bundeskanzler Schröder mit seinem Auftritt anlässlich des 50. Jahrestages der Charta der deutschen Heimatvertriebenen versucht hat, die große Distanz sozialdemokratischer Politiker gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen abzubauen. Die deutschen Vertriebenen sind Teil des deutschen Volkes und eine Schicksalsgemeinschaft, die besonderes Leid und Unrecht erfahren musste. Deshalb war die über Jahrzehnte währende Distanz der SPD gegenüber den Vertriebenen politisch falsch und vor dem Hintergrund der sonstigen Betonung von Menschenrechtsfragen unglaublich unwürdig.

Der Bundeskanzler darf es jedoch nicht nur bei den wohlgesetzten Worten belassen. Gerade die konkrete Politik



der SPD-geführten Bundesregierung bezeugt nach wie vor erhebliche Vorbehalte der Sozialdemokraten gegen die deutschen Heimatvertriebenen. Insbesondere bei der Wahrung des Kultur- und Geschichtserbes der deutschen Heimatvertriebenen, dessen Zugehörigkeit zum nationalen Kultur- und Geschichtserbe der Bundeskanzler ausdrücklich bejaht hat, kürzt die Bundesregierung unverhältnismäßig. Während im Jahr 1998 für diesen Bereich noch rund 46 Mio. DM an Bundesmitteln zur Verfügung standen, sind dies im laufenden Jahr weniger als 40 Mio. DM. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2001 sieht nur noch Bundesmittel in Höhe von 33,2 Mio. DM vor.

Auch bei der geplanten Osterweiterung der Europäi-

schen Union tragen die deutschen Heimatvertriebenen legitime Anliegen vor, die bislang von der SPD-geführten Bundesregierung vollends unberücksichtigt gelassen wurden. So fordern die deutschen Heimatvertriebenen zu Recht die Aufhebung noch fortgeltender Unrechtsdekrete bei unseren östlichen Nachbarstaaten und Schritte hin zur Verwirklichung des Rechtes auf die angestammte Heimat.

Diese Fragen muss die Bundesregierung bilateral gegenüber unseren östlichen Nachbarstaaten ansprechen und darf ihre auch von Verfassung wegen bestehende Schutz- und Obhutspflicht gegenüber den deutschen Vertriebenen und den in der Heimat verbliebenen Landsleuten nicht verletzen.

Bundeskanzler Schröder bleibt daher aufgefordert, seinen Worten Taten folgen zu lassen. Die Vertriebenen haben Anspruch auf Solidarität jeder deutschen Bundesregierung. Wer dem nur mit Sonntagsreden begegnet, wird dem schweren Schicksal dieser Bevölkerungsgruppe nicht gerecht.

UD

LANDESVORSITZENDE STEFFIE SCHNOOR:

Wir brauchen ein **positives Engagement** für die Demokratie

Seit einigen Wochen begleitet uns die Diskussion über den Rechtsradikalismus. Wichtiger als die hektischen Appelle an die Gesellschaft wäre es offen und ehrlich, die Ursachen von Gewalt und Verrohung zu benennen, die dazu führen, daß sich Menschen nicht mehr sicher fühlen und den Eindruck haben, der Staat verliere in manchen Regionen sein Gewaltmonopol. Das gilt es zu ändern. Der Staat muß Grenzen ziehen, deren Überschreitung harte Sanktionen nach sich zieht.

12 Jahre Nationalsozialismus und 40 Jahre DDR waren auch ein Kampf gegen die christlichen Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Im Zuge dessen wurde in den vierzig Jahren DDR auch die Institution Kirche schwer getroffen und kann ihre wichtige gesellschaftliche Bindungsfunktion nicht mehr voll erfüllen. Wir haben heute auch deshalb mit dem Phänomen zu ringen, daß sich für eine größere Anzahl von Jugendlichen die Sehnsucht nach

Gemeinsamkeit offensichtlich vor allem in extremistisch-ideologischen Gruppen erfüllt.

Jetzt besteht die Gefahr, daß den Rechtsextremen eine Bedeutung zugeredet wird, die sie so nicht haben. Ich fordere dazu auf, ganz klar zu sagen: Wer auf andere Menschen einprügelt, andere Menschen tötet, Sachgüter beschädigt oder zerstört, ist ein Krimineller. Nicht mehr und nicht weniger.

Der Politik in diesem Land muß es darum gehen, wieder deutlicher für die christlichen Werte: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und damit für die Grundlagen unserer Demokratie zu werben. Werte geben Orientierung für individuelle Verhaltensweisen.

Aber auch Schwarz-Weiß-Denken nach dem Motto: hier die Guten – da die Bösen, hilft nicht weiter. Dies setzt im Grunde die Klassenkampfrhetorik der DDR fort. Daher lehnen wir eine Beteiligung an einem Bündnis gegen Rechts ab. Der Begriff „rechts“ ist unscharf und wird zu flexi-

bel gehandhabt. Er ist daher für die Auseinandersetzung ungeeignet. Meinungen, die erbittern, müssen in einer Demokratie ausgehalten werden, solange sie nicht strafbar sind.

Deshalb darf sich ein Bündnis nicht gegen eine Gesinnung richten, sondern gegen Gewalt, Verrohung und Werteverfall. Was wir brauchen ist ein positives Engagement für die Demokratie. Das erreicht man nicht durch Appelle, die zu Worthülsen werden, sondern nur durch tagtägliches Handeln. Hierbei ist es die Aufgabe der großen Volksparteien integrativ zu wirken und die Menschen für ein Engagement für die Demokratie zu begeistern.

Übrigens: Die CDU war die einzige Partei, die im Landtagswahlkampf 1998 mit Plakaten gegen Extremisten Stellung bezog und die seit Jahren ein hartes Vorgehen gegen Gewalttäter fordert. **UD**





HESSEN

Die Niederlage nicht verkraftet

Die hessische CDU steckt in Schwierigkeiten. Diese haben jedoch nicht erst im letzten November begonnen, sondern am 7. Februar 1999 – mit ihrem Wahlsieg über Rot-Grün. Seither wollen sich die Verlierer nicht mit ihrer Niederlage und dem Verlust der Regierungsmacht abfinden. Am schwersten fällt das den ehemaligen Ministern und – trotz seines fulminanten Wiederaufstiegs in der Bundespolitik – dem damaligen Ministerpräsidenten Eichel: Dessen peinliche Kritik am Nachfolger zeugt nicht von Souveränität im demokratischen Wechselspiel.

Frankfurter Allgemeine

REFERENDUM

Spiel mit dem Feuer

Mit dem Vorschlag einer Volksbefragung über die EU-Osterweiterung begibt sich

Günter Verheugen auf gefährliches Terrain. Er legt sich damit nicht nur quer zur Bundesregierung. Auch sein Chef, Kommissionspräsident Romano Prodi, wurde aufgeschreckt und reagierte alles andere als amüsiert auf den Vorstoß des Deutschen. Entscheidender aber ist, wie die Botschaft bei den Beitrittskandidaten ankommt, vor allem in Polen, Ungarn oder den baltischen Staaten. Diese drängen bereits seit langem auf konkrete Beitrittstermine. Bislang vergeblich. Mal ist von 2003 die Rede, dann von 2005. Das allein sorgt für Unruhe. Kein Wunder, dass in Osteuropa die Begeisterung, Mitglied der europäischen Familie zu werden, an Schwung zu verlieren droht. Ein Spiel mit dem Feuer.

Leipziger Volkszeitung

ARBEITSMARKT

Auf einen Streich

Warum soll älteren Langzeitarbeitslosen, die derzeit ohnehin kaum Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz ha-

ben, nicht die Tortur ständig wechselnder Beschäftigungsprogramme erspart bleiben? Wer älter ist als 55 Jahre und keine Arbeit findet, bekommt, wenn er das möchte, ein Übergangsgeld bis zu seinem Ruhestand. Er muss sich dann nicht mehr bei den Arbeitsämtern melden. Der Charme dieser Idee, der sie für die Regierung verlockend und gleichzeitig gefährlich machen könnte, liegt freilich nicht in der Entlastung der Arbeitsuchenden. Vielmehr ist zu befürchten, dass Bundeskanzler Schröder der Versuchung erliegt, mit einem simplen Trick die Zahl der Erwerbslosen in ganz Deutschland um bis zu 400.000 zu senken – und das auf einen Streich. Mit einer langfristig orientierten Beschäftigungspolitik hätte dies dann nichts mehr zu tun.

Frankfurter Allgemeine

HOLZMANN

Ja, was ...

„Jetzt ist Super-Gerhard wieder gefragt“: Klaus Nie-



ding war es, der so rief bei der Hauptversammlung der Holzmann AG. Doch außer dem Aktionärsvertreter wollte keiner so genau wissen, wann denn mit den 250 Millionen Mark zu rechnen sei, die der Kanzler kurz vor Weihnachten zur Rettung des Baukonzerns versprochen hatte. Dass er Finanzspritzen nicht ohne Genehmigung der EU geben darf, hätte Schröder schon damals wissen können. Aber wollte er es wissen? Ihm ging es doch um das politische Signal: Der Kanzler kümmert sich, der Kanzler rettet die Jobs und den Weihnachtsfrieden der betroffenen Familien. Ja, was kann Schröder dafür, dass die EU-Kommission jetzt prüfen muss – und dass dies womöglich 18 Monate dauert. Der Tagespiegel

IN ISRAEL

Laut-Sprecher

Reden ist Silber, schweigen ist Gold. Die Spruchweisheit gilt weltweit traditionell und aus gutem Grund

für Angehörige des diplomatischen Dienstes – in besonderer Weise hat dies für den Botschafter Deutschlands in Israel zu gelten, wo alles, was Deutsch ist, auf der Goldwaage liegt. Rudolf Dreßler, der jetzt seine Arbeit als Botschafter in Tel Aviv aufnimmt, hat das Amt schon vor seinem Eintreffen in dem hebräischen Staat beschädigt. Dreßler meinte öffentlich und an der Sache vorbei, dass Jerusalemproblem könne durch eine Internationalisierung der ganzen Stadt, also auch des jüdischen Westteils, gelöst werden. Der Botschafter der Bundesrepublik, und das ist das eigentliche Problem, kann in Zukunft sagen, was er will: Der Laut-Sprecher wird in Israel an dem gemessen werden, was er vor Amtsantritt verbreitet hat.

Generalanzeiger, Bonn

FUSSBALL

Ausbildung als Ausrede

Fußball ist längst mehr als reiner Sport, ist ein Wirt-

schaftsfaktor, der sich natürlich auch gewissen Spielregeln der Marktwirtschaft unterwerfen muss.

Doch davon will die Uefa nichts wissen. Um das von EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti beanstandete Ablösesystem für Profis zu retten, will sie den Nachweis führen, dass die Fußballvereine alles andere als kaltherzige Wirtschaftsunternehmen sind. Vereine, die künftig in ihrer Profimannschaft eine bestimmte Zahl von Spielern einsetzen, die vom Klub selber ausgebildet worden sind, hätten damit bewiesen, dass sie mehr sind als reine Wirtschaftsunternehmen.

Ergo unterliegen sie nicht mehr Brüsseler Einmischungen in das Milliardengeschäft. Daimler-Chrysler, Deutsche Telekom und Co. werden es mit Freuden hören, hätten sie doch nach dieser Interpretation Anspruch auf Gemeinnützigkeit, nur weil auch sie dazu neigen, die eigenen Auszubildenden zu übernehmen.

Die Welt

UNBEKANNT geblieben sind auch nach zwei-jähriger Regierungszeit die meisten Mitglieder der rot-grünen Regierung in Berlin. Nur sieben Prozent der von Forsa befragten Bürger wissen z. B., wer Christine Bergmann ist. Neun Prozent kennen die Bundesbildungsministerin. Den Ost-Beauftragten der Regierung kennen selbst in den neuen Bundesländern gerade mal acht Prozent.

3 AUSZUBILDENDE haben am 1. September wieder bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angefangen. Seit 1983 besteht diese Tradition und der kleine Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Erlern wird der Beruf der „Fachangestellten für Bürokommunikation“.

FRIEDHOFSRUHE herrsche in den meisten Lehrveranstaltungen, wenn Meinungen gefragt sind, hat der Vorsitzende des RCDS in Hessen, Marian Zachow, festgestellt. Diese mangelnde Diskussionsbereitschaft erschwere Akademikern zunehmend den Einstieg

in Berufe, bei denen es auf die Fähigkeit, eigene Ideen zu entwickeln, nun einmal ankommt.

FRÜHZEITIG müssen bei Kindern Hochbegabungen erkannt werden, wenn sie entsprechend gefördert werden sollen. Kein Land könne auf eine Elite verzichten, die immerhin drei Prozent eines Jahrgangs ausmache. Sylvia Eisenberg, stellv. Vorsitzende des Bildungsausschusses im schleswig-holsteinischen Landtag: „Die Schule muss auch hochbegabten Kindern Spaß machen.“

JUGENDSCHUTZ im Internet – bei dieser Aufgabe wollen künftig Bundeskriminalamt und Bertelsmann-Stiftung zusammenarbeiten. Anhand einer „Negativliste“ soll ein Filtersystem rechtsextremistische Inhalte im weltweiten Datennetz ausblenden.

18,3 MILLIONEN Erwachsene in Deutschland nutzen das Internet, 28 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren. Das ist eine Steigerung um 63 Prozent, wie aus der vierten ARD/ZDF-Online-Studie hervorgeht.

ÜBERFLÜSSIG sind, wie ein Prüfbericht des Bundesrechnungshofs ergab, rund 20 Millionen Verkehrsschilder an Bundesfernstraßen. Dem Steuerzahler sind dadurch unnötige Kosten in Höhe von 100 bis 200 Millionen Mark entstanden.

FAST DOPPELT so viele Ostdeutsche haben seit dem Fall der Mauer ihre Heimat in Richtung Westen verlassen wie umgekehrt – insgesamt 2,06 Millionen. Aus den alten Bundesländern zogen zwischen 1990 und 1999 1,24 Millionen Bürger nach Ostdeutschland.

SCHIFFSABFÄLLE einfach ins Meer werfen, lohnt sich nicht mehr. Die neue europäische Richtlinie über Hafenauffanganlagen verpflichtet alle Kapitäne in allen Häfen der Union sowohl zur Inanspruchnahme der Einrichtungen wie zu einer „wesentlichen“ Beteiligung an den Kosten. CDU-Europaabgeordneter Georg Jarzembowski: „Ein großartiger Erfolg für den Schutz der Meere.“

Genau richtig für diese Jahreszeit – der neue CDU-Regenschirm „eleganz“!



Dieser Automatik-Stockschirm ist sehr formschön und praktisch im Tragen zugleich. Durch den gebogenen, silberfarbenen Aluminium-Griff liegt er gut in der Hand. Die dunkelblaue Stoffbespannung und die dezente Bedruckung des CDU Logos „Digits“ verleihen dem Schirm einen eleganten Charakter. Das I-Tüpfelchen an diesem Schirm ist der „CDU“-Einleger am Ende des Griffes.

Bestell-Nr.: 9658
Preis je Exemplar: 15,- DM

Union Betriebs GmbH
 Postfach 1190
 53348 Rheinbach
 PVSt, Deutsche Post AG
 Entgelt bezahlt.



CDU Windbreaker

Größe Bestell-Nr.:

S 9459
 (Kinder 158-176)

M 9460

L 9461

XL 9462

XXL 9463

Preis je Expl.: 29,90 DM

BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
 Postfach 1465
 59306 Ennigerloh
 Telefax 02524/911310
 e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de